

Die „Arbeit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 12.- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen des Heftes für Deutschland und Österreich 18,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., für Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Portugal, Spanien, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Türkei, Mexiko, Brasilien, Argentinien und Uruguay: das jetzige Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1.- M. Bestellungen, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-7.

Die schlagende Monoparallele oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Steuerzuschlag. Klein-Anzeigen: Das jetzige Heft 2.- M., jedes weitere Heft 1,50 M., einschließlich Steuerzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Anfragen 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Anfragen in Wort-Anzeigen: das jetzige Heft 1,50 M., jedes weitere Heft 1.- M. Bezugspreis: Zentrum 2030, 2645, 4518 4602, 4635, 4648, 4922.

Die Arbeit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Worauf kommt es an?

Von Georg Ledebour.

Um zur Klarheit über die Meinungsverschiedenheiten wegen der Gestaltung unseres Verhältnisses zur 3. Internationale zu kommen, muß man sich zunächst vergegenwärtigen, worüber wir denn einig sind.

Wir alle sind der Ansicht, daß das Masseneisend, das der Weltkrieg über die arbeitenden Klassen in Deutschland gebracht hat, noch geraume Zeit andauern wird und womöglich im Winter eine Steigerung erfährt. Wir geben uns auch nicht der Täuschung hin, daß die Abhilfemittel, zu denen die Regierung von ihrem kapitalistischen Klassenstandpunkt allenfalls bereit ist, uns aus dieser wachsenden Not retten können. Wir sind vielmehr durchdrungen von der Überzeugung, daß nur die folgerichtigste Durchführung der sozialistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung uns retten kann. Wir sind bereit, für dieses Ziel unsere ganze Kraft einzusetzen. Wir wollen uns deshalb einrichten und bereiten halten für die neuen revolutionären Aktionen des Proletariats, die der beginnende Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung unvermeidlich vernotwendigen wird.

Wir wissen aber auch, daß ähnliche Mißstände, wenn auch in verschiedenen Abstufungen, die übrigen Länder verheeren, die in den Weltkrieg hineingerissen wurden, daß früher oder später sie den nämlichen Entwicklungsgang zu durchlaufen haben und daß deshalb die internationale Verständigung und das internationale Zusammenwirken der Landesorganisationen des revolutionären sozialistischen Proletariats nach Möglichkeit zu erwirken ist.

Wir alle sind uns auch bewußt, daß unsere dringendste internationale Pflicht die möglichste Abwehr aller Angriffs- und Schädigungsbemühungen ist, die von den Ententemächten gegen Sowjetrußland unternommen werden.

Soweit sind wir einig. Meinungsverschiedenheiten ergeben sich aber über unseren Weg zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

Die Partei hatte sich in Leipzig verständigt über den Zusammenschluß mit der 3. Internationale unter Wahrung der Autonomie, des Selbstbestimmungsrechts unserer Partei in den politischen Aktionen, die wir hierzulande zu unternehmen haben. Die Organisation der in Moskau begründeten Internationale ist jedoch völlig zentralistisch aufgebaut. Sie negiert die Landesautonomie. Die einzelnen Landesorganisationen sollen nur Sektionen der Internationale sein. Das internationale Zentralkomitee in Moskau, in dem die russischen Kommunisten durch 5 Vertreter gegenüber 10 Vertretern 10 verschiedener anderer Landesorganisationen den ausschlaggebenden Einfluß haben, soll die endgültige Entscheidung treffen über revolutionäre Aktionen in den einzelnen Ländern.

Die Befürworter dieser internationalen Zentralisation sind des Glaubens, daß nur so eine erfolgreiche Durchführung der beginnenden Weltrevolution gewährleistet werden könne.

Das ist der Grundirrtum der 3. Internationale. Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern sind trotz der gegenwärtigen Vorherrschaft des Kapitalismus und trotz der gleichartigen Beschaffenheit des Krieges ihnen überall eingeeimpft. Die zentralistische Leitung der proletarischen Aktionen aller Länder von einem Mittelpunkte aus, gleichgültig, ob das nun Moskau oder Berlin, Paris oder London ist, unausbleiblich zu einer Fehlerquelle werden würde, die jeden Versuch, auf solche Weise die Weltrevolution durchzuführen, zum Scheitern bringen müßte.

Unvermeidlich ist es, daß die Moskauer Zentrale die Verhältnisse der anderen Länder durch die russische Brille betrachten und dann auf ihre Abwägung der Erfolgsmöglichkeiten das russische Interesse einen überwiegenden Einfluß ausüben müßte. Wie groß die Gefahr ist, das tritt jetzt schon zutage in den Moskauer Richtlinien, die den übrigen Landespartei die aus russischen Verhältnissen entstandenen Methoden der russischen Revolution schablonenhaft aufzwingen wollen, so in der terroristischen Ausübung der Diktatur sogar über das Proletariat und die eigenen Parteigenossen. Die russische Agrarpolitik auf Deutschland übertragen, würde durch Zerstückelung und Aufteilung des Großgrundbesitzes einen wirtschaftlichen Rückschritt herbeiführen und die Sozialisierung auf lächerliche Schwierigkeiten bringen. Die terroristische Diktatur irgend eines Zentralkomitees würde sich aber das Proletariat eines Zentralkomitees gefallen lassen wie das Englands Deutschlands ebensowenig gefallen lassen wie das Englands oder irgendeines anderen wirtschaftlich hochentwickelten Landes.

In diese Moskauer Forderung der Diktatur über das Proletariat spielt noch ein anderes Mißverständnis hinein. Man sagt: „In revolutionären Zeiten muß diktatorisch vorgegangen werden; also, da es sich um die Weltrevolution handelt, ist eine internationale Diktatur einzurichten.“ Dieser Deduktion liegt die Verwechslung zugrunde zwischen den Lebensbedingungen einer Bewegung

Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit

Giolitti über die soziale Frage

Rom, 26. September.

Im Senat sagte bei Behandlung der Interpellationen über die Metallarbeiterbewegung Ministerpräsident Giolitti, jeder Staatsmann müsse sich die Tatsache vor Augen halten, daß die ganze Welt vor einer wirklichen sozialen Umbildung stehe. Das Emporkommen des viersten Standes habe sich in den letzten Zeiten des vergangenen Jahrhunderts bemerkbar zu machen begonnen, und die Versuche, seinen Lauf aufzuhalten, hätten keine guten Folgen gehabt. Giolitti wies sodann auf die wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Folgen des Krieges hin und tabelte das Zurückstellen des Reichtums der Kriegsgewinnler. In dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit müsse die Regierung eine maßvolle Neutralität beobachten und, wenn erforderlich, beruhigend wirken. Giolitti betonte, er habe den Industriellen abgeraten, die Auslieferung zu erklären, andernfalls könnten sie auf keine Unterstützung der Staatsgewalt rechnen. Giolitti erklärte ferner, zur Verhinderung der Besetzung hätte man alle verfügbaren Kräfte auf mehr als 600 Werke verteilen müssen und zu deren gewalttätiger Nahrung wäre ein Kampf mit ernstlichen Folgen nötig gewesen, während doch der Allgemeine Gewerkschaftsverband versichert hätte, daß die Bewegung nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur sei. Die Begehren der Einzelnen seien bei den Gerichtsbehörden zur Anzeige gebracht worden.

Die Regierung habe geglaubt, im gegebenen Augenblick in den Streit eingreifen zu sollen, und daraufhin sei eine Vereinbarung getroffen worden. Es sei beabsichtigt, den Gang der Industrien in der Weise umzubilden, daß die Arbeiter von den Verhältnissen in den Fabriken Kenntnis erhielten. Dann könnten sie sich über die Billigkeit oder Unbilligkeit ihrer Forderungen Rechenschaft abgeben. Das von ihm infolge der Vereinbarung erlassene Dekret schaffe kein Präjudiz. Ein paritätischer Ausschuss solle Vorschläge zur Abfassung eines Gehaltentwurfs unterbreiten. Der Arbeiter solle zu einem Verbündeten, nicht zu einem Gegner des Industriellen gemacht werden. Giolitti betonte, daß der Grundgedanke der Ueberwindung schon am 5. März 1919 von den Vertretern der Arbeitgeber zugestanden worden sei und daß im Dezember 1919 die Kammer eine Tagesordnung zugunsten der Kontrolle der Betriebe angenommen habe. Täglich würden Betriebe geräumt und die Arbeit werde bald

ihren gewöhnlichen Gang gehen. Der Ministerpräsident schloß, die Zukunft des Landes hänge vor allem davon ab, wie die große soziale Frage gelöst werde.

Mit den Schlussworten hat Giolitti durchaus recht. Die Lösung der sozialen Frage ist das Zentralproblem, an dem die Zukunft der Welt hängt. Sie wird nicht gelöst, indem man den Arbeiter zum Verbündeten der Industriellen macht. Das würde höchstens der Ausbeutung und der Anarchie der kapitalistischen Produktion einen etwas liberaleren Anstrich verleihen, ohne die Grundlagen des Privateigentums und die Alleinherrschaft des Kapitals über die Produktionsmittel ernstlich zu erschüttern. Hier scheidet sich der bürgerliche Reformismus vom revolutionären Sozialismus. Die Lösung der sozialen Frage kann sich nur so vollziehen, daß statt der bisherigen ökonomischen Scheidung in Besitzende und Nichtbesitzende, in Ausbeuter und Ausgebeutete, das volle wirtschaftliche und politische Recht der Arbeiter hergestellt wird. Das kann nur im harten Kampf, Klasse gegen Klasse geschehen.

Wenn heute die italienischen Arbeiter den Kampf abbrechen, so nur, weil die gewalttätige Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit nicht auf einmal erledigt wird, sondern in Etappen mit Sieg und Niederlage. Ihr Kampf geht nicht um Verständigung mit dem Kapitalismus, sondern um Ueberwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus.

Mailand, 27. September.

Im italienischen Senat wurde am Sonnabend eine Tagesordnung eingebracht, worin die Regierung aufgefordert wird, das Problem des Brotpreises so schnell wie möglich zu lösen. Giolitti nahm die Tagesordnung an, erklärte aber, daß sich die Regierung über die Art der Lösung volle Handlungsfreiheit vorbehalt.

Das Dekret über die Produktionskontrolle enthält eine Stelle, wonach Arbeiter, deren Stellung in einer Fabrik während des Konfliktes unhaltbar geworden ist, auf Beschluß einer viergliedrigen Kommission entlassen werden können. Auf Grund dieser Bestimmung haben die Industriellen die sofortige Entlassung aller jener Arbeiter verlangt, die sich Uebergriffe gegen Personen oder Sachbeschädigungen haben zuschulden kommen lassen. Giolitti hat jedoch erklärt, daß er diese Auffassung nicht gutheißen könne.

Italien verweigert Litwinow die Einreise

Rom, 27. September.

Dem Beispiel Englands folgend, verweigerte die italienische Regierung dem nach Italien entlandten Vertreter der Moskauer Regierung, Litwinow, die Einreise.

vor dem Eintritt in die revolutionäre Aktion und denen während der revolutionären Aktion selbst.

Eine proletarische revolutionäre Aktion hat zur unerläßlichen Vorbedingung, daß sie getragen wird von dem entschlossenen Massenwillen des zu ihrer Durchführung berufenen Proletariats selbst. Sie kann auch nur Erfolg haben, wenn wirtschaftlich und politisch die Verhältnisse reif sind für eine Neugestaltung von Grund auf. Der Masse kann aber nicht ein solcher Entschluß aufkommandiert werden durch irgendeine diktatorische Führerinstanz. Er muß sich in ihr auf Grund der Lebensbedürfnisse unter Erwägung früherer Erfahrungen durch Rede und Gegenrede entwickeln. Auch der Verdegang einer Revolutionsbewegung ist ein dialektischer Prozeß, der durch individuelles Beispiel gefördert, der aber niemals durch ein Instanzenkommando ersetzt werden kann.

Sobald jedoch der Augenblick der Tat gekommen ist, dann muß allerdings einzelnen Personen diktatorische Gewalt übertragen werden. Dann ist die Zeit der vorbereitenden Massenerörterung vorüber. In diese Vorbereitungsperiode gehört allerdings auch die tüchtigste Vorherbestimmung der Vertrauensleute, denen die diktatorische Gewalt während der Aktion in die Hände gegeben werden kann.

Was aber nun in Moskau geplant wurde, ist die Einsetzung einer internationalen Zentralinstanz, der die diktatorische Gewalt über die Bestimmung des Beginns revolutionärer Aktionen und deren Oberleitung in den einzelnen Ländern übertragen werden soll. Diese Idee widerspricht so sehr dem Grundgedanken des proletarischen Emanzipationskampfes, der Selbstbestimmung des Proletariats, daß sie wie eine Satire auf die Weltrevolution anmuten müßte, wenn man nicht als ihren Kern das Bedürfnis der Rußland regierenden Bolschewiki-Partei erkennen würde, daß die angeschlossenen Parteien der anderen Länder als Hilfstruppen für die Festigung der kommunistischen Parteiherrschaft in Rußland ausgenutzt werden müssen.

Und damit kommen wir zu einem dritten Trugschluß der Befürworter internationaler Zentralisation. Sie glauben, auf diesem Wege könne am sichersten oder gar ausschließlich Sowjetrußland gegen die Anschläge der Entente und andere kapitalistische Umtriebe geschützt werden. Auch das ist ein Irrtum.

Keine Zentrale in Moskau kann durch ihre Dekrete den Organisationen oder dem tatbereiten Proletariat der einzelnen Länder überhaupt größere Macht schaffen, als sie kraft ihres Entwicklungsganges zu den gegebenen Zeiten haben. Die Macht, die sie zur Zeit ausüben können, haben aber insbesondere die klassenbewußten Proletarier Deutschlands und Englands, in geringerem Maße auch die Frankreichs, eingeleitet durch ihre Weigerung, die Waffen- und Truppentransporte zur Verstärkung der polnischen Reaktionsstruppen zu verladen, oder zu befördern. Die Initiative dazu in Deutschland wurde durch die U. S. P. D. auf Grund eines einmütigen Beschlusses der Reichstagsfraktion ergriffen und nach ihren Vorschlägen auch ebenso einstimmig von den zusammenberufenen Partei- und Gewerkschaftsvertretern, einschließlich der K. P. D., beschlossen. Sicher sind die beschlossenen Vorkerkehrungen verbesserungsbedürftig. Perfekt funktioniert so etwas niemals auf einen Schlag. Aber wenn das deutsche Proletariat nicht einen Krieg Deutschlands gegen die Entente provozieren will, was ein unverantwortliches Babanquespiel, schlimmer als das Ludendorffsche 1918 kein würde, so läßt sich zur Zeit nicht mehr tun. Auch die fulminantesten Proklamationen einer Moskauer Zentrale können an den wirklichen Verhältnissen nichts ändern.

Also die Tatsachen beweisen, daß die U. S. P. D. sich ihrer internationalen Pflicht gegenüber Sowjetrußland bewußt ist und danach handelt. Der gegenwärtige Entwicklungsgrad der sozialen Verhältnisse in den einzelnen Ländern verbietet es, über eine internationale Organisation hinauszugehen, die auf föderaler Grundlage eine Verständigung der einzelnen Länder ermöglicht, ohne durch eine Zentraldiktatur die Selbständigkeit der einzelnen Landesorganisationen zu ersetzen. Auf dieser Grundlage muß die 3. Internationale neugeformt werden, dann kann sie dem Weltproletariat erfolgreiche Führerin sein.

Ich habe mich bemüht, aus der unsere Partei aufzuweisenden Kontroverse die sachlichen Differenzpunkte herauszuschälen unter Ausmerzung alles des verbitternden Beiwerks, das sich um diese Kernfragen herumtrankt. Zu diesen Absehungsründen tritt aber noch die notwendige Zurückweisung der von Moskau diktierten Aufnahmebedingungen, die eingeständlich auf die Zertrümmerung unserer Partei und die Auffangung einzelner Trümmerteile durch die K. P. D. angelegt sind.

Ein neuer Einmischungs- und Spaltungsversuch

Heber Riga werden uns zwei ausführliche Telegramme übermitteln. Das erste enthält den Inhalt eines Briefes des Moskauer Exekutivkomitees an die U. S. P. D., das zweite einen Artikel Lenins aus der „Prawda“ vom 24. September. Das Schreiben des Exekutivkomitees besagt:

Das Exekutivkomitee protestiert entschieden dagegen, daß unter dem Druck des rechten Flügels des Zentralausschusses der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands der außerordentliche Parteitag bereits für den 20. oder gar den 12. Oktober anberaumt worden ist. Diese hastige Anberaumung zielt darauf hin, die Arbeiter der Möglichkeit zu berauben, sich über die prinzipiellen strittigen Fragen, die zur Tagesordnung stehen, zu orientieren. Schon diese Tatsache an und für sich zeugt von einem Höchstmaß der Illegalität und Unrechtheit der rechten Führer. Zweitens ist der Versuch, die ganze Streitfrage auf Organisationsfragen überzuführen, wissenschaftlich von dem Wunsche herbeigeführt worden, die Hauptprinzipienfragen, nämlich die Frage der Diktatur des Proletariats, des Kampfes um die Räte, der Schaffung legaler Organisationen, der Verwertung des Sozialpassivismus, der Trennung von Renegaten vom Schlags Kautskys und Hilferdings, zu vertuschen.

3. Die Organisationsforderungen des 2. Kongresses sind von Dittmann, Hilferding, Crispian wissenschaftlich entstellt worden. Die kommunistische Internationale verlangt nicht die Uebernahme der Zeitungen an Spartakisten, sondern lediglich die Redaktionsführung der Zeitungen durch ehrliche Revolutionäre, die jetzt überzogene Kommunisten sind, obwohl sie bisher noch Mitglieder der U. S. P. sein mögen. Gleichfalls hat die kommunistische Internationale weder verfaßt noch wird sie verfaßt Listen von Personen, die auszuschließen sind. Für die kommunistische Internationale handelt es sich um den Kampf gegen die opportunistische Richtung, die sich selbstverständlich in den Lebendigen, die Revolution verrätenden Menschen personifiziert. Die Resolution läßt ausdrücklich Ausnahmen zu, bezüglich der rechtsstehenden Genossen, die jetzt ihre Fehler eingestehen.

4. Das Geschrei über die Russendiktatur ist offensichtlich unaufrichtig. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale zählt 21 Mitglieder, wovon 5 Russen sind, die übrigen vertreten andere Parteien.

5. Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale verlangt einen zentralisierten Parteaufbau, denn während der Epoche des Bürgerkrieges kann das Proletariat anders feindliche Angriffe nicht abwehren. Dittmann sprach sich in Moskau für solchen Zentralismus aus. Die kommunistische Internationale versteht darunter, daß der Zentralismus in jahrelangem Kampf errungen und durch Zutrauen der Massen und unter tatsächlich revolutionären Leitern begründet werden wird. Zentralismus kann nicht von heute auf morgen erreicht werden.

6. Bezeugt das ganze Gebahren Dittmanns und Crispians die Unmöglichkeit, in einer Partei mit solchen Kleinbürgerlichen Elementen zu bleiben. Durch ihre Schematiken im entscheidenden Augenblick verraten sie die proletarische Revolution, gleich wie sie jetzt in Italien von Darogana, Modigliani, Turati und Genossen verraten wird. Falls die U. S. P. derartige Verräter aus ihren Reihen nicht vertreiben wird, kann sie nicht als revolutionäre Partei existieren.

7. Das Exekutivkomitee wendet sich an die unabhängigen Arbeiter mit der Aufforderung: 1. wählt am Parteitag nur solche Delegierte, die für unbedingten Anschluß an die kommunistische Internationale eintreten; 2. gedenkt, daß jetzt sich die Frage entscheidet, ob ihr in die brüderlichen Reihen der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt treten solltet, oder ob ihr Gefangene der Agenten des Kapitals bleiben werdet.

Vorstand der Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale: Sinowjew. Mitglieder: Lenin, Bucharin, Rabel; für Amerika: Krieb; für Frankreich: Kosser, für Holland: Janien; für Korea: Pal Ninsjun; für England: Tom Quellsch; für Deutschland: Ernst Reuter; für Bulgarien: Schablin; für Georgien: Tschataja; für Jugoslawien: Mikilich; für Österreich: Karl Steinhart; für Ungarn: Bela Kun, Rudjanost.

Wir wollen daran gleich den Artikel Lenins anschließen:

„Genossen! Die bürgerliche Presse Deutschlands und Frankreichs widmet viel Aufmerksamkeit den Debatten unter den unabhängigen Sozialdemokraten Deutschlands und den Mitgliedern der sozialistischen Parteien Frankreichs über den Eintritt in die kommunistische Internationale. Die bürgerliche Presse verteidigt mit außerordentlicher Energie die Anschauungen des rechten opportunistischen Flügels der genannten Parteien. Das ist vollkommen verständlich, denn diese rechten Elemente sind ihrem Wesen nach bürgerliche Demokraten, die wie Dittmann und Crispian unfähig sind, revolutionär zu denken, unfähig, der Arbeiterklasse zu helfen, unfähig, sich für die Revolution vorzubereiten und sie siegreich durchzuführen. Die Trennung von diesen rechten opportunistischen Elementen ist notwendig. Sie bildet das einzige Mittel der Zusammenfassung aller wirklichen Revolutionäre, wirklich proletarischen Massen. Das Geschrei über die „Diktatur Moskau“ usw. ist ein gewöhnliches Ablenkungsmittel. Der Vollzugsausschuß besteht aus 21 Mitgliedern, von denen nur fünf die kommunistische Partei Russlands vertreten. Alles Gerede vom Diktatorium usw. bildet einen Selbstbetrug oder Betrug der Arbeiter. Durch diese Reden soll ebenso der Bankrott gewisser opportunistischer Führer der Arbeiterpartei Deutschlands vertuscht werden, die den Weg der proletarischen Revolution verlassen haben. Ein Betrug oder Selbstbetrug bildet das Geschrei, daß die „Moskauer Diktatoren“ durch ihre Aufnahmebedingungen in die kommunistische Internationale bestimmte Persönlichkeiten verfolgen. Im § 20 der Aufnahmebedingungen wird es klar schwarz auf weiß gesagt, daß mit Zustimmung des Vollzugsausschusses der kommunistischen Internationale Ausnahmen bei den strengen Regeln der Führer des rechten Flügels gegenüber, wie auch bei der Zusammenfassung der zentralen Parteileitungen zugelassen werden. Da die Ausnahmen ausdrücklich als zulässig erklärt werden, so kann keine Rede von den prinzipiellen Ausschluß dieser oder jener Persönlichkeit sein. Es ist klar, daß damit vollkommen die Notwendigkeit anerkannt wird, nicht die Vergangenheit, sondern die Gegenwart in erster Linie in Betracht zu ziehen, die Änderungen der Anschauungen und des Verhaltens einzelner Personen und Führer zu berücksichtigen. Da die Zulässigkeit der Ausnahmen ja nach dem Beschluß des Vollzugsausschusses der kommunistischen Internationale erklärt worden ist und in dem Vollzugsausschuß die russischen Kommunisten nur ein Viertel ausmachen, so ist damit bewiesen, daß das Geschrei über die Diktatoren ein hohles inhaltsloses Gerede darstellt. In Wirklichkeit handelt es sich um den Kampf zwischen den revolutionären proletarischen und den opportunistischen Kleinbürgerlichen Elementen. Zu diesen gehören und gehören Hilferding, Dittmann und Crispian, viele Mitglieder der Parlamentsfraktionen in Deutschland und Frankreich usw. Der Kampf dieser beiden politischen Strömungen entscheidet sich ohne Ausnahmen in allen Teilen der Welt, er hat seine lange Geschichte und verläuft sich überall während des imperialistischen Krieges und nach ihm.

Der Opportunismus repräsentiert die Arbeiteraristokratie, die alte Bürokratie in den Gewerkschaften und Genossenschaften, die Kleinbürgerlichen, philisterhaften Schichten. Ohne Trennung von dieser Strömung, die durch ihre Schwankungen, ihren „Renouveau“, den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat innerhalb der Arbeiterbewegung, innerhalb der sozialistischen Parteien verwirklicht, ohne Ausschluß aller ihrer hervorragenden Mitglieder ist die revolutionäre Einigkeit des Proletariats unmöglich. Durch ihre ununterbrochenen Schwankungen nach der Richtung des Reformismus und Menschewismus hin, durch ihre Unfähigkeit, revolutionär zu denken und zu handeln, verwirklichen die Dittmann und Crispian in der Tat ohne es zu wissen, den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat, verwirklichen die Unterordnung des Proletariats unter den bürgerlichen Reformismus. Nur durch die Trennung von diesen und ähnlichen

Leuten verwirklicht sich die internationale Einheit des Proletariats gegen die Bourgeoisie zum Zwecke ihrer Vernichtung. Die Ereignisse in Italien müssen auch den Hartnäckigen von denen, die den Schanden der „Einigkeit“ und des „Friedens“ mit Crispian und Dittmann nicht verstehen, die Augen öffnen. Die italienischen Crispian und Dittmanns, Turati, Brampolini, Darogana sabotieren die Revolution in Italien von dem Moment an, als sie heranzureisen beginnt. Und in dieser Richtung bewegen sich die Ereignisse langsam oder schneller, unter leichteren oder unter größeren Schwierigkeiten in ganz Europa, in der ganzen Welt. Es ist die höchste Zeit, die unerträglich schädlichen Illusionen zu zerstören über die Möglichkeit der „Einigkeit“ oder des „Friedens“ mit dem Dittmanns und Crispian, mit dem rechten Flügel der deutschen „Unabhängigen Sozialdemokratie“, der englischen „Unabhängigen Arbeiterpartei“, der französischen „Sozialistischen Partei“ usw. Es ist höchste Zeit, daß die revolutionären Arbeiter die Reihen ihrer Partei von diesen Elementen reinigen und wirklich einheitliche Parteien des Proletariats bilden.

24. September.

Lenin.

Niemand, der diese Kundgebungen liest, wird daran zweifeln, daß es sich da um bestellte Arbeit handelt. Kaum halten einige Genossen vom „linken Flügel“ den Termin des Parteitages für verfrüht, und schon ist das Exekutivkomitee — offenbar aus genauester Kenntnis der deutschen Verhältnisse heraus — der gleichen Ansicht. Mehr noch: es macht sich alle Verleumdungen und Unterstellungen zu eigen, die gegen die Mitglieder des Zentralkomitees, des Beirats und der Kontrollkommission erhoben werden, obwohl diese aus zwingenden Gründen, nach bestem Wissen und Gewissen, aus Sorge für die rasche Wiederherstellung der Aktionsfähigkeit der Partei gehandelt haben. Die Moskauer Exekutive kann natürlich gar kein Urteil darüber haben, daß die Masse der Parteimitglieder sich über die Bedingungen in den intensivsten Auseinandersetzungen der letzten Zeit bereits ihr Urteil gebildet hat, daß sie vielfach weitere Diskussionen ablehnt und auf die Entscheidung drängt. Tut nichts, der „rechte Flügel“ wird verbrannt.

Es ist einfach nicht wahr, daß es sich um Vertuschung der Fragen wie die Diktatur des Proletariats, der Räte oder des Sozialpassivismus (Krieg gegen die Entente?) handelt. Zu diesen Fragen hat das Leipziger Aktionsprogramm die klar und deutlich Stellung genommen. Vertuschen tun die, die den Genossen eintreden wollen, daß der völlige Verzicht auf die Selbständigkeit der Partei und das Selbstbestimmungsrecht der in der Partei organisierten Massen eine Kleinigkeit sei, über die man gar nicht lange sprechen dürfe, obwohl es sich dabei um nichts weniger als den Selbstmord der Partei handelt!

Zugleich gibt aber dieser völlig halt- und grundlose Angriff einen guten Beweis dafür, wie man sich in Moskau die Anwendung der Diktatur vorstellt. Die deutsche Partei soll also nicht mal mehr über den Zeitpunkt der Einberufung ihres Parteitages selbständig entscheiden dürfen, auch darüber muß sie sich Vorgriffen machen lassen?! Und da zweifelt noch jemand, daß die Annahme der Bedingungen die völlige Unterwerfung der Partei unter die Moskauer Leitung bedeuten würde!

Aber auch in anderer Beziehung handelt es sich um bestellte Arbeit. Wir wissen, daß auch solche Kommunisten, die etwas Einsicht in die wirklichen Machtverhältnisse und in die westeuropäische Arbeiterbewegung haben, von einem gelinden Grauen gepackt wurden, als sie die Bedingungen zu Gesicht bekamen. Sie versuchten, Widerungen zu erlangen. Der Versuch ist völlig mißglückt. Keine einzige Bedingung wird geändert oder aufgehoben, höchstens, daß man nach dem Vorgang einzelner Anhänger der Bedingungen ein wenig um den einen oder den anderen Punkt herumredet. Dabei hebt ein Satz den anderen auf, wie in der Frage des Zentralismus, von dem zwar gesagt wird, daß er in jahrelangem Kampf errungen wird, der aber doch nach wie vor sofort durchzuführen ist. Das Exekutivkomitee weiß recht gut, daß, wenn erst die „eisernen militärische Disziplin“ der Bedingungen verwirklicht ist, es dann kein Entzinnen mehr gibt, da ja die „Säuberungen“ schon für die Entfernung aller Widerstrebenden sorgen werden. Ebenso wenig hat es irgend eine Bedeutung, wenn gesagt wird, daß die Redaktionen nicht nur mit Spartakisten besetzt werden müssen, sondern auch zuverlässige Kommunisten, die bisher der U. S. P. D. angehört haben, zugelassen sind. Wir wollen, daß über die Eignung der Redakteure die Mitgliedschaften entscheiden und nicht eine diktatorische Leitung verfügt, wer zuverlässig ist oder nicht. Daß sich solche Kommunisten aus der U. S. P. D. finden werden, wollen wir nicht bezweifeln.

Das schlagendste Beispiel dafür, daß die Bedingungen in vollster Scharfe ausgeführt werden sollen, bietet das Gerede über den Ausschluß. Zuerst wird gesagt, es handele sich um Richtungen. Dann wird sofort hinzugefügt, diese Richtungen verkörpern sich in bestimmten Personen, die auszuschließen sind. Wozu also dieses verwirrende Gerede? Wozu, wenn nicht in der Absicht, durch diese Worte die Massen irrezuführen? In der Tat bedeuten diese Sätze eine neue Verschärfung. Waren in den Bedingungen nur Kautsky und Hilferding genannt, so kommen jetzt ausdrücklich Crispian und Dittmann hinzu! Lenin aber wird noch deutlicher. Er fordert leidenschaftlich die Trennung nicht nur von diesen und ähnlichen Leuten, „von vielen Mitgliedern der Parlamentsfraktionen“, sondern überhaupt den Ausschluß aller hervorragenden Mitglieder der angeblichen opportunistischen Strömung. Er fordert offen die Spaltung der Partei, die Trennung von dem gesamten „rechten Flügel“ und erklärt die Möglichkeit der Einheit für Illusion! Bezeichnend ist allerdings dabei, daß die Franzosen viel milder angefaßt werden, weder Longuet noch ein anderer französischer Parteigenosse wird mit Namen erwähnt. In Frankreich ist allerdings auch die Opposition gegen den Ausschluß anscheinend eine einmütige. Dann kann eben Moskau auch anders!

Am so schlimmer freilich ergeht es den Italienern. Sie haben eben eine große Bewegung mit einem Kompromiß beendet, das den beteiligten Arbeitern beträchtliche Lohn-erhöhungen bringt und dem gesamten italienischen Proletariat ein Betriebsrätegesetz. Lenin schreit wieder über Verrot, weil es den Italienern nicht gelungen ist, die Revolution durchzuführen. Wir halten aber eine Auffassung, die das Gelingen der sozialen Revolution von der größeren oder geringeren Energie der Führer herleitet, für völlig unmarxistisch. Aber welche unerträgliche Einmischung bedeutet diese Achtung von Parteigenossen, die der dritten Internationale bereits angehört, von einer Stelle, die die Kampfesbedingungen gar nicht beurteilen kann! Denn die italienischen Machtverhältnisse, die Frage, ob die Bewegung noch weiter zu steigern war, können nur die Genossen, die selbst im Lande, mitten in der Bewegung stehen, allein sachgemäß beurteilen, nicht Männer, die sich von außen und in der Abgeschlossenheit darüber irgendwelche mehr oder minder zutreffende Vorstellungen machen.

Soll man noch ein Wort verlieren über die Gnadenverheißung, die reuigen Sündern vom „rechten Flügel“

in Aussicht gestellt wird? Was die Vertrauensmänner der Partei getan haben, haben sie unter den schwierigsten Verhältnissen in treuer Pflichterfüllung und gestützt auf die Beschlüsse der Partei getan. Sie haben nichts zu be- r e u e n. Aber vielleicht darf man sagen, daß sie es immer noch ablehnen würden, Kautsky zu machen vor Genossen, die es mit ihrer revolutionären Moral für vereinbar erachteten, sich von der Regierung Lubendorffs durch Deutschland nach Rußland bringen zu lassen, und die heute verbündet sind mit dem Armeniererschlächter E n o e r P a s s a, dem Genossen des deutschen Imperialismus, dem Führer der türkischen Nationalisten.

Zum Schluß noch eins. Die Moskauer Exekutive erzählt, daß nur fünf Russen, ein armseliges Viertel, dort Sitz und Stimme haben. Sie verschweigt, daß die anderen, nicht nur fast ausnahmslos bedeutungslose Gruppen vertreten, die es spottleicht haben, die allerabfälligen Beschlüsse zu fassen, die von ihnen nie ausgeführt werden, weil sie dazu gar nicht imstande sind. Sie verschweigt aber auch, daß es sich bei den meisten einfach um Stipendiaten von Moskau handelt, um Vertreter, deren Bewegungen ohne russisches Geld zusammenbrechen würden, also um Werkzeuge der russischen kommunistischen Partei. Damit, daß das Exekutivkomitee etwas anderes sei als ein anderer Name für die Leiter der russischen kommunistischen Partei, soll man uns doch endlich vom Leibe lassen!

So bedeuten diese Moskauer Kundgebungen einmal einen ganz unzulässigen Einmischungsversuch in unsere eigenen Angelegenheiten, zum anderen um einen neuen Beweis für den unduldbaren sektiererischen Geist und die Unan-n e h m b a r k e i t der Moskauer Bedingungen.

Kongreß der tschechischen Linken

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.)

Prag, 27. September.

Sonntag nachmittag referierte S m e r a l über das Programm und die Taktik der Partei. Er erklärte, daß er den Standpunkt der marxistischen Linken vertritt und daß sich die Linke ihrer Verantwortung vollständig bewußt sei, gegebenenfalls die Führung des tschechischen Proletariats zu übernehmen. Ein definitives Programm könne heute noch nicht vorgelegt werden. Damit werde sich ein außerordentlicher Parteitag befassen müssen. Einstweilen werde nur ein Aktionsprogramm vorgelegt. (Dieses Aktionsprogramm ist gleichzeitig für die Reichsberger Richtung der deutschen Sozialdemokratie bestimmt.)

Wir leben — so führte S m e r a l aus — in einer wirtschaftlichen und revolutionären Weltkrise. Das muß die Taktik der Arbeiterklasse bestimmen. Man habe Angst, daß wir die staatliche Selbständigkeit der Nation gefährden. Die Zeit drängt zu großen wirtschaftlichen Gebieten. Gerade das Interesse der kleinen Staaten erfordert einen baldigen Sieg des revolutionären Sozialismus und die Schaffung der Vereinigung sozialistischer Staaten von Europa. Der Grundgedanke des Selbstbestimmungsrechts hat bis zum 28. Oktober 1918 für uns gesprochen, jetzt spricht er gegen uns. Wenn der Staat erhalten werden soll, dann wird ihn nicht die Erhaltung der nationalen Idee erhalten, sondern die Ueberwindung dieser Idee.

Wir werden unsere Revolution in diesem Lande mit unseren eigenen Mitteln und Methoden machen, nicht mit russischen Methoden, sondern mit tschechischen und nicht allein selbständig, sondern in Verbindung mit der sozialen Revolution in ganz Mitteleuropa. Die russische Taktik hat eine kleine entschlossene Partei geschaffen voll revolutionärer Stoßkraft: die kommunistische Partei. Wir haben keine selbständige kommunistische Partei gegründet. Wir sind in der Sozialdemokratie geblieben.

Redner bespricht die konkreten Aufgaben des neuwählenden Vollzugsausschusses, der auch internationale Beziehungen anknüpfen muß mit Berlin, Wien, Rom, Budapest und allen anderen proletarischen Parteien. Das hat der alte Parteivorstand verfaßt. Wir müssen das Vertrauen zu den Arbeitern der anderen Nationen abbauen und besonders mit der deutschen Arbeiterklasse eng zusammenarbeiten für eine einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse. In der Republik muß eine gemeinsame Partei des Proletariats aller Länder in diesem Lande entstehen. Die tschechische Partei muß, sobald sie für den Gedanken einer einheitlichen internationalen Kampffront reif ist, hierzu erzogen werden.

Die zweistündige Rede S m e r a l s war ein reißerisches Reisetwerk. Während und insbesondere nach der Rede erscholl stürmischer Beifall. Würdlich erhoben sich die Delegierten spontan und sangen mit elementarer Begeisterung die „Rote Fahne“.

Am Montag früh begann die Debatte, in der der Wunsch nach einer einheitlich links orientierten Politik zum Ausdruck kam.

Die kommende Schlichtungsordnung

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Die Beratung des Gesetzesentwurfes einer Schlichtungsordnung, die im Reichsarbeitsministerium mit der aus 18 Mitgliedern bestehenden, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzten Kommission durchgeführt wird, ist vorläufig abgeschlossen. Nach Zusammenstellung der gefassten Beschlüsse sollen diese in einer gemeinsamen Schlichtungsordnung nochmals beraten und in ihre endgültige Fassung gebracht werden. Unter Berücksichtigung dieser Beschlüsse wird sodann der Entwurf mit den Vertretern der Regierung beraten und danach dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Die Vorlage des Gesetzesentwurfes an die gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung dürfte somit noch vor Ablauf des Jahres zu erwarten sein.

Warten wir also ab, was aus dem famosen Antifreigehet Schicksal geworden ist.

Aus dem Freistaat Danzig

Aus Danzig wird uns geschrieben:

Die Verfassende Versammlung bestimmte nach dem Vorschlag des Ausschusses für Anwaltschaft Angelegenheit den Vorsitzenden des Staatsrates, Oberbürgermeister Sahn, und den Zentrumsvizepräsidenten Schüller zur Unterzeichnung der Danzig-Polnischen Konvention in Paris. Aber diesen beiden reifen noch drei weitere Vollzugsmitglieder zu den Verhandlungen nach Paris, darunter ein Reichssozialist. Unsere Fraktion hatte die Beteiligung an der Reise abgelehnt. Unsere Genossen nahmen dabei Veranlassung, die in der Kommission abgewürgte Konvention einer Besprechung zu unterziehen.

Mittwoch und Donnerstag beriet das Haus das Betriebsrätegesetz, das inhaltlich dem deutschen Gesetz gleicht. Trotz aller Ver- such dieses Gesetz umzulegen zu machen, wurde dieses jedoch in zweiter Lesung gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Polen angenommen. Als charakteristisch sei hier angeführt, daß der Reichssozialist Schl. der Mitglied der deutschen Nationalversammlung war, f. St. in dieser für das deutsche Betriebsrätegesetz stimmte, während er im Danziger Volkstag dagegen stimmte.

Das Ausnahmegericht gegen die Arbeiter

Schöter Verhandlungstag

Im Montag wurde in der Beweisaufnahme fortgesetzt. Die Zeugen Kriminalwachmeister Bloch und Schamburg hatten seinerzeit auf Veranlassung des Kriminalkommissars Rasigad den Angeklagten Fall in den „Palästen“ am Alexanderplatz zum Essen geführt. Die Zeugen erklären, daß dies nur zweimal geschehen sei und zwar habe die Zeche jedesmal etwa 15 M. betragen. Die Zeugen Scherzer, Finkenauer und Kintischer waren seinerzeit Mitglieder der Einwohnerwehr. Sie geben an, daß nach Auflösung der Einwohnerwehr sich in Weissenhof der „Klub 98“ gebildet habe. Dieser Klub habe sich später der Selbstschutzborganzation Groß-Berlin angeschlossen. Die Zeugen erklären, daß sie nicht im Besitz von Waffen sind. Sie können auch keine näheren Angaben darüber machen, ob der „Klub 98“ in den vielbesprochenen Mißionsstuben in Weissenhof oder sonstwo ein Waffenlager habe.

Die auf Veranlassung der Verteidigung geladene Zeugin Gasmirkin Malekyn gibt an, daß nach der Schließerei in Weissenhof ein Mann zu ihr ins Lokal gekommen sei, der ihr ein Paket übergeben, in dem sich Waffen befanden. Sie hatte sofort den Einbruch, daß der Mann ein Spion sei, der die Waffen auf diese Weise bei ihr einschmuggeln wollte, um sie dann später von der Polizei bei ihr „finden“ zu lassen. Der Zeuge Gemeinbearbeiter Bassin bestätigt diese Angaben und führt mehrere Fälle an, wo in Weissenhof in Arbeiterlokale nach der Schließerei Waffen angeboten worden sind, die nur von Spionen herdrücken können.

Es wird dann die Stiefmutter und Stiefvater des Zeugen Liebs vernommen, die über den vom Angeklagten Liebs angetretenen Alibiweis Angaben machen. Der Zeuge Schubert gibt an, daher Bezirksführer bei der R. A. P. D. ist. Er gibt über die Bildung der Kampforganisationen während des Kampfes und deren Auflösung nähere Auskunft.

Nach der Mittagspause kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Verteidiger Dr. Lamp und dem Vorsitzenden R. A. Lamp: Ich möchte von einem schweren Vergehen, dessen sich der Vorsitzende dieses Gerichts schuldig gemacht hat, Mitteilung machen. Das Gericht hatte zu Beginn dieser Verhandlung auf Veranlassung der Verteidigung beschlossen, die von der Staatsanwaltschaft dem Gericht zur Verfügung gestellte Niederschrift nicht zu benutzen. Die 24 Arbeiter auf der Anklagebank haben dieser Versicherung des Gerichts Glauben geschenkt. Ich habe nunmehr festgestellt, daß diese 24 Arbeiter von den Richtern belogen und betrogen worden sind, denn diese haben das heilige Versprechen, das sie abgegeben haben, gebrochen. Ich habe festgestellt, daß der Vorsitzende an den Rand dieses Aktenschildes 71 Anmerkungen gemacht hat. Nach diesen Feststellungen glaube ich dem Herrn Vorsitzenden nicht mehr und stelle hiermit den Antrag auf Absetzung des Vorsitzenden wegen Befangenheit.

Der Vorsitzende versuchte in begünstigendem Tone die Sache als harmlos hinzustellen, da er als Vorsitzender und Träger der Verhandlung es nicht nötig habe, die kurzen Aufzeichnungen der Staatsanwaltschaft zu benutzen. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung erklärt der Verteidiger Lamp, daß er kein Vertrauen mehr zu dem Vorsitzenden habe, da er das Wort gebrochen habe und sich damit ein ungeheuerliches Vergehen zuschulden kommen lasse. Der Vorsitzende verwahrte sich gegen verschiedene scharfe Ausdrücke des Verteidigers und erklärte u. a., daß er nichts von geheimen Akten wisse. R. A. Lamp erwidert darauf: „Ja, das sagen Sie jetzt, aber: wer einmal lügt, dem glaubt man nicht!“ Vorsitzender: „Herr Rechtsanwalt, Ihr Benehmen ist vollkommen ungehörig.“ R. A. Lamp: „Rein, was Sie machen, ist ungehörig.“

Nach kurzer Beratung lehnt das Gericht den Antrag des Verteidigers Lamp ab, da der Antrag in diesem Stadium der Verhandlung nicht mehr gestellt werden könne. Der Vorsitzende gibt dann noch die amtliche Erklärung ab, daß er von dem sachlichen

Inhalt des Schriftstückes keine Kenntnis genommen habe. Auch müsse er mit aller Entschiedenheit die ungehörigen Ausführungen des Verteidigers Lamp zurückweisen.

Nach einer nochmaligen kurzen Vernehmung des Zeugen Schubert wird die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Anträge des Staatsanwalts

In einem kurzen Plaidoyer gibt der Staatsanwalt eine gedrängte Darstellung über den Verlauf und das Ergebnis der Beweisaufnahme. Er beantragte dann gegen Liebs 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Dolny 1 Jahr Gefängnis, Zilsky 1 Jahr Gefängnis, Fall 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Boh 1 Jahr Gefängnis, General 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und zur Beobachtung seines Geisteszustandes Ueberführung ins Irrenhaus, Urba 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Paul Franz 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Krüger 1 Jahr 3 Monate Gefängnis, Gatzwitz Dröger wegen Beihilfe 6 Monate Gefängnis und gegen den Angeklagten Michaels, den er als geistigen Leiter des Vergehens bezeichnete 2 Jahre Zuchthaus. Für die Angeklagten Raab, Schulze, Weidberg, Göbe, Stern, Winter, Burfert, Pfeifer, Behlom, Dohow, Jakob, Ernst Franz und Coall beantragte er Freisprechung.

Die Plaidoyers der Verteidiger zogen sich von 3 Uhr nachmittags bis in die späten Abendstunden hin. Der Verteidiger Justizrat Bloch, der als erster das Wort ergrieff, hat im Verlauf seiner zweistündigen Ausführungen einen harten Zusammenstoß mit dem Gericht. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde er zu 100 M. Ordnungstrafe verurteilt, weil er erklärt hatte, daß die Vernehmungprotokolle auf eine etelhafte Weise zustande gekommen wären. Als er diese Ordnungstrafe als eine Taktlosigkeit des Gerichts bezeichnete, wurde er nochmals zu der gleichen Ordnungstrafe verurteilt.

Der Verteidiger Justizrat Fränkl, sowie die Verteidiger Rechtsanwältin Dr. Sönheim und Dr. Weinberg, legten in ruhiger, sachlicher Weise ihre Gründe dar, aus denen das Gericht zu einer Freisprechung sämtlicher Angeklagten kommen müsse. Sie betonten übereinstimmend, daß es der Anklagebehörde bei Einleitung des Verfahrens nicht darauf angekommen ist, die Personen der Angeklagten zu treffen, sondern vielmehr darauf, den Prozeß gegen die R. A. P. D., und gegen die in der Phantastie der Polizeibehörde existierende rote Armee zu führen. Der Prozeß sollte auf diese Weise zu einer großen politischen Aktion gemacht werden, jedoch sei diese Absicht durch den Verlauf der Verhandlung zunichte gemacht worden. Es sei bezeichnend, daß der Staatsanwalt für seine Anklage keinerlei Beweismaterial erbringen konnte, und daß die Aussagen der Angeklagten in der Voruntersuchung und die von der politischen Polizei aufgenommenen Protokolle als alleinige Verhandlungsunterlagen dienen mußten. Die Verteidiger appellierten nochmals an das Rechtsempfinden des Gerichts, sich als nicht zuständig zu erklären und das Verfahren aufzuheben. In längeren Ausführungen gingen die Verteidiger dann auf die einzelnen Punkte, die der Anklagevertreter den einzelnen Angeklagten entgegenstellte, ein und kamen zu dem zwingenden Schluß, daß sämtliche Angeklagte freigesprochen werden müßten. In dem gleichen Ergebnis kam der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Lamp, dessen Plaidoyer sich über eine Stunde ausdehnte.

Nach Schluß der Plaidoyers, einem kurzen Schlußwort des Angeklagten Michaels, zog sich das Gericht zur Beratung der von der Staatsanwaltschaft gestellten Anträge zurück. Nach kurzer Zeit erschien das Gericht und verkündete, daß die Beratung längere Zeit in Anspruch nehmen wird und die Sitzung deshalb auf Dienstag früh 9 1/2 Uhr vertagt werden muß. Das Urteil wird dann verkündet werden.

Rechtlich beschlossen, den 21 Bedingungen zuzustimmen. — In einer gut besuchten Mitgliederversammlung in Schöberl wurde mit großer Mehrheit einer Resolution zugestimmt, in der die 21 Bedingungen als unannehmbar abgelehnt wurden.

Aus den Berliner Parteioptionen

17. Distrikt

In der Generalversammlung am Sonntag, an der gegen 1000 Genossen teilnahmen, wurde die Diskussion über den Anschluß an die 3. Internationale zu Ende geführt. Die erste Versammlung am 12. September hörte lediglich das Referat des Genossen Roenen und das Referat des Genossen Barth an. Sodann fand in allen Bezirken im Distrikt ein Ertragsabenden statt, der sich ausschließlich mit der 3. Internationale beschäftigte und die beiden Referate als Unterbau für die Diskussion benutzte. Nach 2 1/2 stündiger Diskussion, in der abwechselnd Gegner und Befürworter der 3. Internationale sprachen, wurden zwei Resolutionen vorgelegt. Der ersten, längeren Resolution, die „anerkennt, daß das Proletariat Rußlands in seinem heldenmütigen Kampf unbedingt von uns unterstützt werden muß“, jedoch am Schluß zu dem Ergebnis kommt, „den Aufnahmebedingungen in der vorliegenden Form nicht zustimmen zu können.“ fand eine zweite entgegen, die nach Schlussworten des Genossen Barth und der Genossin Gener mit dreiviertel Majorität angenommen wurde. Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die am Sonntag, den 28. September, in den Baracken tagende Generalversammlung des 17. Distrikts steht in den 21 Bedingungen kein Hindernis für den sofortigen Anschluß an die 3. Internationale. Die Generalversammlung ist der Auffassung, daß nur ein stark organisiertes Proletariat in der Lage sein wird, die Weltrevolution voranzutreiben zu können und die Verwirklichung des Sozialismus herbeizuführen.

Weiter wurde gegen wenige Stimmen ein Antrag angenommen, der dem Zentralvorstand die sofortige Einberufung einer Verbands-Generalversammlung fordert, die sich mit der Neubestimmung der Freiheit-Redaktion zu befassen hat.

Brig

In zwei Mitgliederversammlungen wurde die Frage der 3. Internationale behandelt. Nach Referaten von Gen. Krille als Gegner und Kolbenberg als Befürworter der Bedingungen, wurde ansfänglich diskutiert. Eine Resolution, die sich gegen die Bedingungen aussprach, wurde mit 79 gegen 64 Stimmen abgelehnt. Von 600 Mitgliedern waren etwa 200 anwesend.

U. S. P. Fraktion der Lehrer

Eine Abstimmung in der U. S. P. Fraktion der sozialistischen Lehrer (Ortsgruppe Gr.-Berlin) hatte das Ergebnis, daß die überwältigende Mehrheit auf den Standpunkt des Anschlusses an Moskau unter den gegebenen Bedingungen ist. Nur drei Mitglieder stimmten dagegen.

Beschluß

Die Preßkommission hat sich im Verlauf verschiedener Sitzungen in Gegenwart der Redaktion mit der politischen Haltung der „Freiheit“ beschäftigt. Sie hat bisher nicht erreichen können, daß dem stürmischen Verlangen der Mehrheit der Berliner Parteigenossen nach einer konsequent revolutionären Schreibweise von der Redaktion entsprochen wurde. Deshalb hat sie sich genötigt gesehen, untenstehenden Beschluß zu fassen. Sechs Mitglieder der Preßkommission haben vor der Abstimmung die Sitzung verlassen mit der Motivierung, daß sie in einem Gewissenskonflikt lämen. Sie seien zwar auch in diesem nicht mit der Haltung der „Freiheit“ einverstanden; sie könnten aber trotzdem dem nachstehenden Beschluß nicht beitreten.

Die Preßkommission nimmt Bezug auf frühere von ihr gefassten Beschlüsse, auf ein vom 17. Distrikt eingegangenes Mißtrauensvotum, sowie auf den in allen Verhandlungen zutage getretenen politischen Gegensatz zwischen der Preßkommissionmehrheit und der Redaktion und spricht der „Freiheit“-Redaktion ihr schärfstes Mißtrauen aus.

Die Preßkommission fordert, nachdem eine Verbandsgeneralversammlung vor dem Parteitag nicht mehr einberufen werden soll, daß die Distrikte zusammentreten und zu diesen Mißtrauensvotum Stellung nehmen. Sobald die Entscheidungen der Distrikte vorliegen, wird die Preßkommission erneut zusammentreten.

Diese Erklärung ist unterschrieben von Schwenk, Gehelin, Garze, Sudewig, Eichhorn, Schulze, Bösel, Schreiber, Jahn, Hünecke, Winkel, Leffer, Buchholz, Stevers, Wegmann und Henning.

Die Redaktion der „Freiheit“ bemerkt dazu: „Bei Beginn der Auseinandersetzungen über die Moskauer Bedingungen hat die Redaktion die Zustimmung gegeben, daß die Diskussion in der „Freiheit“ in vollster Objektivität geführt werden solle. Diese Zusicherung hat die Redaktion auch erfüllt. Trotzdem sich etwa drei Viertel der Entsendungen gegen und nur etwa ein Viertel für die Bedingungen aussprachen, sind nicht nur Gegner und Befürworter abwechselnd zu Wort gekommen, sondern darüber hinaus hat die Redaktion noch Freunde der Bedingungen besonders um ihrer Mitarbeit ersucht. So sind die vier Artikel von Stoeckes erst auf unsere Aufforderung geschrieben worden. Die „Freiheit“ hat in dieser Beziehung sich ganz wesentlich vor den wenigen Parteiblättern ausgezeichnet, die sich von Anfang an für die Annahme der Bedingungen ausgesprochen hatten, deren Gegner in ihren Spalten aber so sehr geräuscht zu Worte kommen ließen, und es so verhinderten, daß die Parteigenossen sich selbst ihr Urteil bilden konnten.“

Was die Mitglieder der Preßkommission, die der oben abgedruckten Erklärung zustimmen, mit ihr bezwecken wollen, ist ganz klar. Bevor noch der Parteitag gesprochen, bevor noch durch die Abstimmung die wirkliche Meinung der Parteigenossen ermittelt worden ist, soll die Partei schon vor bestimmte Tatsachen gestellt werden. Die Redaktion liebt nicht an ihrem Posten in die sie durch das Vertrauen der Parteigenossen gesetzt worden ist; aber sie muß verlangen, daß in der Partei noch das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder gewahrt wird, solange die Zustände noch keine bifurkationen Befugnisse haben. Das von den 15 Mitgliedern der Preßkommission jetzt beschlossene Verfahren verfährt umso mehr gegen die bisher bei unseren Auseinandersetzungen angewandten Grundsätze, als man in einzelnen Bezirken Mißtrauensresolutionen gegen die Redaktion annahmen läßt, obwohl dieser Gelegenheit gegeben wird, sich vor den Parteigenossen über ihre Stellung zu äußern!

Schließlich noch zwei „Unzuannehmlichkeiten“ in der Erklärung: Von den etwa 28 Mitgliedern der Preßkommission haben nur 15 die Erklärung unterschrieben. Von einer ganzen Anzahl der Genossen, die ihre Unterschrift verweigert haben, wissen wir, daß sie nicht infolge eines „Gewissenskonflikts“, sondern aus ganz anderen Gründen die letzte Sitzung entweder garnicht besucht oder sie vorzeitig verlassen haben. Der Antrag des 17. Distrikts wollte der Redaktion deswegen ihr Mißtrauen aussprechen, weil sie in der Frage der politischen Arbeiterräte die einmütige Auffassung der gesamten Partei vertreten hat, und die auch in allen offiziellen Erklärungen der Partei zum Ausdruck gekommen ist!

Wir betonen also: Die Redaktion der „Freiheit“ wird auch künftig ihre volle Pflicht zu erfüllen suchen und durch keine vorläufige Handlung der Willkürherrschaft der Gesamtheit der Parteigenossen vorgehen.

Hamburgs Maßnahmen gegen die Wohnungsnot. Ein Senatsantrag, der 2 1/2 Millionen Mark für die Schaffung von Kleinwohnungen vorsieht, wurde ebenso wie die Kosten für die Zwangsbeinquantierung von der Bürgerchaft bewilligt. Gleichzeitig wurde beschlossen, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen, der weitere Maßnahmen zur Durchführung der Zwangsbeinquantierung ergreifen soll.

Das Reisepotential nach dem Auslande soll, wie die „P. B. N.“ erfahren, infolge der Beschlüsse des Weltkongresses in Madrid mindestens um 60 Prozent erhöht werden.

Die Stellung der Organisationen

West-Priegnitz u. d. Züterbog-Luckenwalde

In den Distrikten West-Priegnitz und Züterbog-Luckenwalde fand keine Abstimmung statt, jedoch war die Stimmung der Konferenzbesucher in der Mehrheit gegen die Aufnahmebedingungen.

Osthavelland

In der am 26. September stattgefundenen Distriktskonferenz wurde nach Referaten der Genossen Brühl und Eichhorn mit 27 gegen 10 Stimmen der sofortige Anschluß an die dritte Internationale unter den 21 Aufnahmebedingungen beschlossen.

Prenzlau

Für den Distrikt tagte am 26. September die Distriktskonferenz, welche sich mit den Aufnahmebedingungen der dritten Internationale beschäftigte. Nach Referaten der Genossen Wächter und Weyer entschied sich die Konferenz mit 20 gegen 4 Stimmen für die 21 Aufnahmebedingungen und den Anschluß an die dritte Internationale.

Angermünde

Nach Referaten der Genossen Koll und Torgler für und gegen die Aufnahmebedingungen und lebhafter Diskussion entschied sich die Distriktskonferenz gegen eine Stimme für die Aufnahmebedingungen und den sofortigen Anschluß an die dritte Internationale.

Wärzburg

Die Würzburger USP. für die dritte Internationale. In einer außerordentlichen Generalversammlung wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt: „Die Bedingungen sind heute für eine „unabhängige“ Partei, es muß jedoch berücksichtigt werden, daß sie zu einer Zeit erfolgen, die in ihren Verhältnissen und Zuständen in der Geschichte beispiellos dastehen. Aus diesen Gründen kommt die Versammlung zu der Ansicht: Hoch die Weltrevolution und hoch die dritte Internationale.“

Braunschweig

Die Braunschweiger U. S. P. D. zu den Moskauer Bedingungen. Die Ortsgruppe Braunschweig beschäftigte sich in zwei Versammlungen, die am 18. und 22. September stattfanden, mit der Frage der 3. Internationale und den Moskauer Bedingungen. In der zweiten Versammlung sprachen Genosse Eichhorn für und Genossin Toni Sender gegen Annahme der Bedingungen. Mit sehr großer Mehrheit wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die Mitgliederversammlung der USP. D. lehnt die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale ab. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur durch den engeren Zusammenhalt der revolutionären Arbeiter das Ziel des Sozialismus erreicht werden kann. Die Aufnahmebedingungen fördern aber dieses Bestreben in keiner Weise, sondern führen im Gegenteil zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats. Eine aktionsfähige Internationale kann nur auf der Grundlage der freien Vereinbarung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden Parteien geschaffen werden. Sie muß das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder wahren und alle zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht lediglich durch die Zentralinstanz treffen lassen, sondern in die Hände der Mitglieder legen.“

Oschag

In starkbesuchter Mitgliederversammlung lehnten die Genossen einstimmig die Moskauer Bedingungen ab.

Kornwestheim

In einer starkbesuchten Mitgliederversammlung fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 22. September stattfindende Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Kornwestheim erwarbt von der Landesversammlung sowie vom Parteitag, daß sie unter den vom 2. Kongreß der 3. Internationale gestellten 21 Bedingungen den Anschluß nicht vollziehen und verurteilt denselben als schärfste die einseitige Schreibweise des Genossen Böttcher im „Sozialdemokrat“.“

Heilbronn

In einer Kreisversammlung wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Kreisversammlung spricht ihre Sympathie für Sowjetrußland aus und ist für Schaffung einer tatkräftigen revolutionären Internationale, in der alle wahrhaft revolutionären Arbeiterparteien vertreten sein können, lehnt aber den Anschluß unter den 21 Bedingungen ab.“

Neckarfulm

Eine Mitgliederversammlung nahm nachstehende Resolution einstimmig an: „Die Mitgliederversammlung der U. S. P. lehnt die Aufnahmebedingungen der 3. Internationale ab. Sie steht auf dem Standpunkt, daß nur durch den engeren Zusammenhalt aller auf revolutionärem Boden stehenden Arbeiter das Ziel des Sozialismus verwirklicht werden kann. Die Bestimmungen der Aufnahmebedingungen der 3. Internationale dieses Bestreben in keiner Weise fördern, sondern im Gegenteil nur zu einer weiteren Zersplitterung des Proletariats und Schwächung seiner Macht führen müssen. Sie fordern von der Parteizentrale und dem Parteitag, kein Mittel unversucht zu lassen, um eine Einigung aller auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehenden sozialistischen Parteien zu vollziehen. Diese Vereinigung ist auf einer Grundlage aufzubauen, wobei das Selbstbestimmungsrecht und alle zu treffenden wichtigen Entscheidungen nicht lediglich bei einer Zentralinstanz, sondern in den Händen der Mitglieder liegt. Die Mitglieder des Ortsvereins erklären, daß sie nach wie vor bestrebt sein werden, die russischen Brüder in ihrem heldenhaften Kampf zu unterstützen, und daß sie mit allen Kräften daran arbeiten werden, um den Sieg der Weltrevolution über den Weltimperialismus zu erlangen.“

Cannstatt

Mit 21 Stimmen von 140 Anwesenden wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die Bedingungen und Thesen der kommunistischen Internationale sind das Mindestmaß dessen, was eine wahrhaft revolutionäre Partei für sich als anschlussgebend anerkennen muß. Die Genossen erwarten deshalb vom Parteitag den unverzüglichen Umbau der Organisation auf der Grundlage der Bedingungen mit dem Anschluß an die dritte Internationale.“

Reutlingen

In einer Versammlung der hiesigen Ortsgruppe wurde eine Resolution angenommen, in der der Zusammenhalt mit der 3. Internationale für notwendig erklärt, die Bedingungen aber als unannehmbar abgelehnt werden. Der Parteitag wird aufgefordert, Mittel und Wege zu suchen, den geschlossenen Beitritt der Partei zur 3. Internationale zu ermöglichen. — In Geislingen lehnte die Mehrheit der Ortsgruppe die Bedingungen als unannehmbar ab. — Eine gut besuchte Mitgliederversammlung in Kalen drückte in einer Entschliessung dem Parteitag ihre Sympathien aus, bedauert jedoch die gestellten Bedingungen, die als unannehmbar abgelehnt werden müssen. — In Sölingen wurde nach einer lebhaften, an zwei Abenden geführten Debatte, mit

Die Berliner Gewerkschaften im Jahre 1919

Der Jahresbericht der Berliner Gewerkschaftskommission macht über die Mitgliederzahl der 48 Organisationen, die der Kommission angeschlossen sind, folgende Angaben:

Nachdem die Gesamtzahl der Mitglieder im Jahre 1916 mit 128 685 ihren tiefsten Stand erreicht hatte, stieg sie im folgenden Jahre auf 167 207, im Jahre 1918 auf 349 158, und bis zum Schluss des Berichtsjahres, 31. März 1920, war die Zahl der Mitglieder auf 691 283 gestiegen.

Gegen das Vorjahr ist demnach eine Mitgliederzunahme von 342 107 zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl hat sich also beinahe verdoppelt; sie beträgt genau 98 Prozent. Die Zunahme für das Jahr 1919 gegenüber dem Jahre 1918 verteilt sich mit 213 304 auf die männlichen Mitglieder, 92 414 auf die weiblichen und 12 668 auf die jugendlichen Mitglieder. Von der Gesamtmitgliederzahl von 691 283 entfallen 478 103 auf männliche, 198 180 auf weibliche und 15 001 auf jugendliche Mitglieder.

Die Fluktuationssziffer beträgt bei den Männern 84 Prozent, gegen 81 Prozent im Vorjahre, bei den Frauen über das Doppelte, nämlich 169 Prozent. Im Frieden betrug die Fluktuationssziffer bei den Männern 38 bis 42 Prozent, und war damit schon reichlich hoch.

Bei einem Gesamtmitgliederbestande von 691 283 wurden neu aufgenommen 300 686. Immerhin hat sich der Prozentsatz derjenigen Mitglieder, die länger als ein Jahr einer Gewerkschaft angehören, von 19 Prozent auf 27,6 Prozent erhöht. Es sind 190 597.

Die überwiegende Mehrheit der Gesamtmitgliederzahl verteilt sich auf die 10 größten Gewerkschaften, wie folgt:

Table with 2 columns: Gewerkschaften, Mitgliederzahl. Includes Metallarbeiter, Transportarbeiter, Angestellte, etc.

Die Steigerung der Mitgliederzahl hat im Berichtsjahre sehr erhebliche Einwirkungen auf die gesamten Kassenverhältnisse ausgeübt und die Einnahmepositionen in erheblicher Weise beeinflusst. Die Gesamteinnahmen der Gewerkschaften stiegen von 13 364 756 M. in 1918 auf die respektable Summe von 62 260 746 M. Den Gesamteinnahmen stehen gegenüber Ausgaben von insgesamt 52 760 004 M.

Table with 3 columns: Art der Ausgabe, Betrag in M., Prozent. Includes Streifenunterstützung, Mahnregulierungsunterstützung, etc.

Summa M. 52 760 004 100,00 Proz.

Eines ganz besonderen Hinweises würdig halten wir noch die nachstehende Aeußerung im Berichtsjahre:

Wenn man sich die Einrichtungen der einzelnen Gewerkschaftsbureaus unter dem Gesichtswinkel betrachtet, daß einmal sämtliche Gewerkschaften mehr oder weniger große Mitgliederzunahmen aufweisen und demgemäß bereits rein quantitativ erheblich mehr leisten müßten als je, so kann man sich angesichts des mit der Zeit fortschreitenden Aufwandes der Gewerkschaften und der immer schwieriger sich gestaltenden Tätigkeit derselben in erhöhter Ueberzeugung der Einsicht nicht verschließen, daß dieserorts noch mit sehr unzureichenden Mitteln gearbeitet wird.

Die Utopie in der Wirklichkeit Eine Friedensnovelle

von August Strindberg.

— Ja, liebe Schwester —, antwortete er. — Sehen wir uns einen Augenblick. —

Und sie schaute sich auf eine Bank vorm Wirtshaus. Ihr Herz klopfte langsam, und ihre Brust atmete träge, als wenn die Luft nicht reichte.

— Es ist schade um dich, armer Bruder —, sagte sie; — ich sehe, daß du dich nach den Deinen sehnst! —

— Bitte, Schwester, sprich nicht davon —, antwortete er. — Wohl ist mein Herz zuweilen fern, und wohl bedürfte man meiner daheim bei der Saat, aber du bist ja meine Schwester, und dein eigen Fleisch und Blut kann man doch nicht verkaufen. —

— Wir werden sehen —, fing Frau von Bleichroden wieder an. — ob diese Luft und diese neue Behandlungsart etwas zu seiner Besserung tun können. Was glaubst du? —

— Ganz sicher —, antwortete der Bruder, aber er wandte sich ab, um nicht sein zweifelndes Gesicht zu zeigen.

— Welchen Winter habe ich in Frankfurt durchlebt. Daß das Schicksal solche Grausamkeiten erfinden kann! Ich glaube, ich hätte leichter den Tod ertragen als dieses Leidenbegabensein. —

— Die Hoffnung lebt immer —, sagte der Bruder mit einem hoffungslosen Ton. — Und dann zogen seine Gedanken fort zu seinen Kindern und seinen Aedern. Doch gleich darauf schämte er sich über seine Selbstsucht, nicht so erfüllt von dieser Sorge sein zu können, die eigentlich nicht seine war und die er ganz ohne Verschulden bekommen hatte, und er wurde auf sich böse.

Da hörte man einen gellenden langgezogenen Schrei von der Höhe her, dem Pfeifen einer Lokomotive gleich, und dann noch einen.

— Geht der Zug hier so hoch in die Berge hinaus —, fragte Frau von Bleichroden.

— Ja, das muß er wohl —, sagte der Bruder und lächelte mit aufgerissenen Augen.

Noch einmal wurde geschrien! Aber jetzt klang es, wie wenn jemand ertrinkt.

— Laß uns wieder nach Hause gehen —, sagte Herr Schanz, der ganz bleich geworden war. — Du vermagst heute diese

bureaukratisierung der Gewerkschaften“ ist deshalb schon um so unbedeutender, als gerade aus der immer noch mangelhaften Bureaukratisierung innerhalb der Bureaus sich die Ueberlastung einzelner und damit der Anlaß ergibt, über „Gewerkschaftsbureaukratie“ zu lächeln. Die öffentlichen und besonderen Aufgaben, deren prozentualer Antheil an den Gesamtausgaben von 28,91 auf 19 gesunken ist, enthalten neben den Befolgungen die jährlichen Bureaukosten, Mieten, Aufwendungen für Agitation usw. Es kann unter Berücksichtigung der eingetretenen Preissteigerung für alle sachlichen Bedürfnisse nicht gelaut werden, daß die ausgewendeten Kosten im Verhältnis zu den Gesamtausgaben zu hoch sind, woraus allerdings nicht zu schließen ist, daß nicht doch die an der Zerrüttung der Gewerkschaften interessierten Kreise immer wieder auf dieses Kapitel bei ihren Angriffen auf die Gewerkschaften zurückgreifen werden. Das muß ertragen werden, und der gesunde Sinn der noch nicht radikalistisch initiierten Gewerkschaftsmitglieder wird über das dauernde, aber deshalb nicht mehr berechtigete Gebelzer der Unbehelbaren in ihrem eigenen Interesse zur Tagesordnung übergehen.

In der Vollversammlung der Gewerkschaftskommission am Donnerstag gab Genosse Kollmerhaus noch einige Erläuterungen zu dem Geschäftsbericht. Er forderte wegen der sehr vermehrten Aufgaben der Gewerkschaften die Einrichtung besonderer Dezernate, da sonst diese Aufgaben nicht ordnungsgemäß erledigt werden könnten.

Genosse Sabath gab dann einen Ueberblick über die Tätigkeit des Ausschusses und vermaßte sich besonders gegen den Vorwurf einiger Arbeitslosenvereinigungen, daß für die Arbeitslosen nichts getan worden sei.

Der Geschäftsbericht wurde darauf ohne Debatte angenommen und dem Ausschuss Decharge erteilt.

Bei der Beratung neuer Statuten wurde eine Vorlage des Ausschusses vom Genossen Jiska kritisiert; er vermißt in dem Entwurf eine genügende Berücksichtigung des Rückgebens. Weiter forderte der Redner, daß die Zahl der Delegierten zur Gewerkschaftskommission nicht nach den Berufsverbänden, sondern nach Industriegruppen festgesetzt werde, damit eine Majorisierung der großen Gewerkschaften durch die kleinen verhindert werde.

Dieser Forderung traten mehrere Redner entgegen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß der Satzungsentwurf dem Gedanken des Rückgebens Rechnung trage, denn unter den Aufgaben der Gewerkschaftskommission werde aufgeführt: Unterstützung aller Maßnahmen, die die Sozialisierung der Produktion und die Förderung des Sozialismus zum Ziele haben, sowie Organisation, Schulung und Unterstützung der Betriebsräte.

Der Entwurf wurde zur Durchberatung dem durch eine besondere Kommission vermittelten Ausschuss überwiesen.

Ein vorliegender Antrag der Feilene, die Sonntagsruhe im Friseurgewerbe betreffend, wurde einstimmig angenommen. Damit wurde eine vom Obermeister der Friseurinnung auf dem Innungsstage vorgetragene Behauptung, die Berliner Arbeiter müßten, daß die Friseure des Sonntags arbeiten, als unzutreffend bezeichnet. Die Vertreter der Berliner Arbeiterinnung sind für die von den Friseurgeschäften erzielte volle Sonntagsruhe und ersuchen die Arbeiter, die Friseurgeschäfte des Sonntags zu meiden, um dadurch der vollen Sonntagsruhe zur Durchführung zu verhelfen.

Gewerkschaftliches

An die Versicherungsangestellten!

Kolleginnen und Kollegen! Der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hat die diesmaligen Tarifverhandlungen zum Scheitern gebracht. Er hat die von den unterzeichneten Verbänden gemeinsam aufgestellten Forderungen kurzerhand abgelehnt durch einen Gegenvorschlag, der nur eine Vereinfachung der Berechnung des Arbeitsentgeltes bedeutet. Unter Fortfall der bisherigen Forderungszuschläge zum Grundgehalt und zur Berufsalterzulage soll nämlich lediglich zu diesen beiden Gehaltssteilen ein 50prozentiger Zuschlag gewährt werden. Dadurch würden sich die jetzigen Monatsgehälter nicht unbedeutend verringern. Diesen Abbau will der Arbeitgeberverband aber dadurch ausgleichen, daß er als Winterzulage das volle Monatsentgelt bewilligen wollte. Aber auch das ist kein Zugeständnis, das ist vielmehr ein aus dem Tarifvertrage der Angestellten bereits bestehendes Recht. Die Ablehnung unserer Forderungen begründet der Arbeitgeberverband mit der Behauptung, dadurch würden seiner Mitgliederzahl insgesamt ein Mehrerwerb von rund 200 Millionen erwachsen. Trotzdem die Unrichtigkeit dieses Einwandes sofort festgestellt werden konnte und obwohl alle Unterzeichneten von der Leistungsfähigkeit der Versicherungsgesellschaften überzeugt sind, erklärt dennoch der

Arbeitgeberverband in aller Form, daß er weder in der Lage noch willens sei, über sein „Angebot“ hinauszugehen. Der unparteiliche Vorsitzende konnte nur noch feststellen, daß die Verhandlungen damit gescheitert sind.

Kolleginnen und Kollegen! Die Haltung des Arbeitgeberverbandes ist eine maßlose Herausforderung. Nicht bloß, daß ihr fast ausnahmslos bis heute nichts als sorgenvolle Tage erlebt habt, müdet trotz des Grades der wirtschaftlichen Verhältnisse und angesichts des bevorstehenden Winters der Arbeitgeberverband euch zu weiter ungebührlich zu darden und zu entbehren. Nach wie vor sollt ihr in der Angestelltenchaft das Äußerste sein, bleiben doch die Gehälter der Versicherungsangestellten ganz beträchtlich zurück hinter den Gehältern in Industrie, Handel und bei den Banken.

Diese Herausforderung der Arbeitgeberseite beantwortet die Verbände mit der geschlossenen Einmütigkeit im Kampfe um menschenwürdige Lebensbedingungen. Die Verbände haben beschlossen:

- 1. Unverzüglich das Reichsarbeitsministerium zu ersuchen, den Schlichtungsausschuss einzusetzen.
2. Als Kampfmaßnahme ist in allen Direktionsbetrieben und Verwaltungsgeneralagenturen sofort jede Art von Ueberarbeit, insbesondere Ueberstunden und Hausarbeit absolet zu verweigern.
3. Ueber alle organisierten Arbeitgeberbetriebe ist hiermit die Sperre verhängt, mithin dürfen keinerlei weitere Neueinstellungen genehmigt oder gebuldet werden.

Für die Provisionsgeneralagenturen ergeben Anweisungen, sobald die Erklärung des Arbeitgeberverbandes vorliegt.

Die Verbände erwarten von jedem organisierten Versicherungsangestellten, besonders aber von den Betriebsräten und Betriebsvertrauensmännern die strenge Durchführung dieser Abwehrmaßnahmen zu überwachen. Wer Ueberarbeit leistet, begeht damit eine genau so wie Streikbruch zu verurteilende schimpfliche Handlung, gegen die die Gewerkschaften die sachgemäßen Maßnahmen am Einzelnen anzuwenden.

Je geschlossener die Durchführung der Verweigerung jeder besonderen Arbeit, umso deutlicher werdet ihr dem Arbeitgeberverband die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Aufbesserung der Gehälter begreiflich machen.

Kolleginnen und Kollegen! Steht im Kampfe zusammen! Wahret Solidarität! Nicht überlast auf strengste Einhaltung unserer Kampfmaßnahmen durch jeden Angestellten.

Zentralverband der Angestellten. Siebel, Behre, Bietel.

Allgemeiner Verband der Versicherungsangestellten. Dr. Deume, Sperling, Schneider.

Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften. Koch, Erna Kohl, Springfeld.

Gewerkschaftsbund der Angestellten. Dr. Martin, Waldow, Olevier.

Wirtschaftsgehegung und Wirtschaftskrise

Ueber dieses Thema sprach am 23. September in den Sophienkassen in einer sehr gut besuchten öffentlichen Versammlung der Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten Genossin Toni Sender, Mitglied des Reichstags, Frankfurt a. M. Sie schilderte die Folgen des Krieges und wies darauf hin, daß erst die Verhandlungen in Spa weiten Kreisen der Bevölkerung die Augen geöffnet haben. Die schwebende Prosperität nach Beendigung des Krieges habe nicht zur Herstellung von dringenden benötigten Verbrauchsartikeln für die Bevölkerung, sondern vielmehr zu einem Ausverkauf Deutschlands geführt. Ungeheurem Gewinn des Unternehmertums steht die Verelendung der Arbeitnehmer gegenüber, welchen man obendrein noch gepredigt hat: „Arbeit, nur Arbeit kann Deutschland retten!“ Die Besserung unserer Baluta war dann die Ursache, daß die Unternehmer an dem Export kein genügendes Interesse mehr hatten, da die Gewinnrate ihnen nicht mehr groß genug erschien und trotz eines ungeheuren Bedarfs im Inlande, trotz Warenhungers, haben wir jetzt eine Wirtschaftskrise, welche bei Beibehaltung des kapitalistischen Systems überhaupt nicht mehr zu beheben ist. Die Wirtschaftskrise wird noch verstärkt durch Sabotageakte der Unternehmer. So zahlt z. B. die Firma Daimler hohe Geldprämien an ihre Vertreter für die Annahmierung von Aufträgen. Steuer wird von den Besitzenden nicht erhoben, den Arbeitnehmern jedoch 10 Prozent und mehr Steuern vom Lohn abgezogen. Auch die Angestellten müssen sich als Proletariat fühlen und gemeinsam mit den Arbeitern diesem Zustande entgegenwirken. Jeder müsse es als Ehre betrachten, Proletariat zu sein. Die Rednerin geißelte dann noch die Harmoniephrasen des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und des Gewerkschaftsbundes kaufmännischer Angestelltenverbände, die heute noch nicht begriffen haben, daß ihre Interessen nur auf der Seite der Arbeitnehmer liegen. Die Kontrolle der Produktion, die Kontrolle der Betriebe könne uns nur aus der jetzigen Situation herausführen, eine Arbeit, die von den

Höhe nicht zu steigen, und morgen werden wir vernünftiger sein und eine Droschke nehmen. —

Aber die Frau wollte gehen, unbedingt. Und so gingen sie die lange Höhe bis zum Hospital hinauf. Es war eine Kaskadenwanderung. In den grünen Hagedornhecken an der Seite des Weges trippelten schwarze Droscheln mit gelben Schnäbeln; auf den mit Ephen bekleideten Mauern hingen graue Eidechsen um die Wette und verschwanden in den Spalten; es war voller Frühling, denn es war kein Winter gewesen; und am Wege blühte Primula und Helleborus. Aber das fesselte nicht die Aufmerksamkeit der Gogatha-wanderer. Als sie die Höhe halb hinauf gekommen waren, erneuerten sich die geheimnisvollen Schreie. Wie von einer plötzlichen Ahnung erfaßt, wandte sich Frau von Bleichroden zum Bruder, sah ihm in die Augen mit ihren halbgebrodnenen, um ihren Verdacht bestätigt zu sehen, und dann sank sie, ohne einen Schrei ausstoßen zu können, auf dem Wege nieder, dessen gelber Staub sie mit einer Wolke umwirbelte. Und da blieb sie liegen.

Ehe der Bruder sich erholen konnte, war ein gefälliger Spaziergänger bereits nach einem Wagen gelaufen, und als das junge Weib in den Wagen getragen wurde, hatte bereits ihre Arbeit für das kommende Geschlecht begonnen, und nun hörte man zwei Schreie, die Rufe zweier Menschen aus den tiefsten Tälern des Jammers; und Herr Schanz, der seinen Hut verloren hatte, stand auf dem Fußstege da und sah zu dem blauen Frühlingshimmel hinauf und dachte bei sich: Wenn es nur dort oben gehört werden könnte, aber es ist sicherlich zu hoch!

Oben im Hospital war Herr von Bleichroden in ein Zimmer mit voller freier Aussicht nach Süden eingelagert worden. Die Wände waren gepolstert und in einem schwachen blauen Farbenton gestrichen, durch welchen man leichte Konturen von Landschaften sehen konnte. Die Decke war als ein Spalier mit Weinlaub gemalt. Der Boden war mit einem Teppich belegt und unter dem Teppich lag eine Schicht Stroh. Die Möbel waren mit Rosthaa und Gewebe überkleidet, so daß Eden oder Ranten des Holzes nicht zu sehen waren.

Wo die Tür sich befand, konnte man von innen nicht entdecken, und dadurch wurden alle Gedanken des Kranken an Ausgang und das Gefühl der Einsperzung, das bei einem aufgeregten Gemütszustand das gefährlichste ist, fern gehalten. Die Fenster waren allerdings mit Gittern versehen, aber diese waren hübsch in Form von Eichen und Laub gearbeitet und so gestrichen, daß sie nicht als Gitter erkannt wurden.

Herrn von Bleichrodens Wahnsinn hatte die Form von Geistesqual angenommen. Er hatte einen Winger unter geheimnisvollen Umständen ermordet, die er nicht zu bekennen vermochte, aus dem einfachen Grunde, weil er sich ihrer nicht erinnerte. Jetzt sah er im Gefängnis und erwartete die Vollstreckung des Urteils, denn er war zum Tode verurteilt. Doch er hatte lichte Zwischenstunden. Dann stellte er große Bogen Papier an den Wänden des Zimmers auf und schrieb sie mit Sphäroglymen voll. Dann erinnerte er sich, daß er Franktireurs hatte erschiesen lassen; aber daß er verheiratet war, daran erinnerte er sich nicht; und er nahm den Besuch seiner Gattin wie den eines Schülers entgegen, dem er Lektionen in der Logik gab. Er hatte als Prämien aufgestellt: Franktireurs seien Verräter, und die Ordre laute: erschieße sie! Eines Tages hatte seine Frau, die genötigt war, bei allem mitzuhalten, die Unvorsichtigkeit, seinen Glauben an die Prämisse, daß alle Franktireurs Verräter seien, zu erschüttern; da riß er alle Konklusionen von der Wand herunter und sagte, er würde zwanzig Jahre anwenden, um die Prämisse zu beweisen, denn die Prämisse müsse zuerst bewiesen sein. Zumeisten hatte er große Projekte für das Wohl der Menschheit. Worauf läuft all unser Streben hier auf Erden hinaus? fragte er. Weshalb regiert der König, predigt der Priester, dichtet der Dichter, malt der Maler? Doch, um dem Körper Sticksstoff zu verschaffen. Sticksstoff sei das teuerste von allen Nahrungsmitteln, darum sei Fleisch am teuersten. Sticksstoff sei die Intelligenz, denn die Reichen, die Fleisch essen, seien intelligenter als die anderen, die mehr Kohlehydrate essen. Jetzt finge es auf der Erde an, schlimm um den Sticksstoff zu stehen, und daher entstünden Kriege, Arbeiterpreits, Zeitungen, Pleitschen und Staatshilfe. Man müsse eine neue Grube mit Sticksstoff entdecken. Herr von Bleichroden hatte sie entdeckt und nun würden alle Menschen gleich werden; Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit würden eine Wirklichkeit auf Erden werden. Diese unerhörliche Grube hieß: die Luft. Die enthielt 79 Volumenprozent Sticksstoff, und man müßte auf irgend eine Weise die Lungen dahin bringen, ihn direkt aufzunehmen und zur Nahrung des Körpers zu verarbeiten, ohne daß er sich erst in Gras, Getreide und Gemüße zu verdichten brauchte, um dann vom Tier in Fleisch verwandelt zu werden! Das war das Problem der Zukunft und das des Herrn von Bleichroden; mit dessen Lösung würden Alterbau und Viehzucht überflüssig werden und das goldene Zeitalter wieder eintreten auf Erden. Dazwischen verfiel er wieder in seine Träume von dem begangenen Nord, und dann war er tief unglücklich.

(Fortsetzung folgt.)

